

"Vorsichtiges Lob für die neuen Transparenzregeln des Rates" in Bulletin Quotidien Europe (7. Juli 2006)

Legende: In seinem Leitartikel im Bulletin Quotidien Europe vom 7. Juli 2006 kommentiert Ferdinando Riccardi die allgemeine Politik der Transparenz, die der Europäische Rat am 15. und 16. Juni 2006 in Bezug auf den Rat der Europäischen Union verabschiedet hat.

Quelle: Bulletin Quotidien Europe. dir. de publ. Riccardi, Ferdinando ; RRéd. Chef Gazzo, Marina. 07.07.2006, n° 9227. Bruxelles: Agence Europe. "Éloge, avec prudence, des nouvelles règles de transparence du Conseil", auteur:Riccardi, Ferdinando , p. 3.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vorsichtiges_lob_fur_die_neuen_transparenzregeln_des_rat_es_in_bulletin_quotidien_europe_7_juli_2006-de-11a34728-56bo-4736-9a9e-b0686026b5dc.html



Publication date: 05/07/2016

Vorsichtiges Lob für die neuen Transparenzregeln des Rates

von *Ferdinando Riccardi*

Die auf der jüngsten Tagung des Europäischen Rates beschlossenen Maßnahmen für eine höhere Transparenz der Arbeiten des EU-Rates (Anlage I der „Schlussfolgerungen des Vorsitzes“, siehe Nr. 2439/2440 unserer Serie EUROPE/Documents) sind alles in allem auf eine positive Resonanz gestoßen. Einige hochrangige Politiker und Kommentatoren sahen darin sogar den einzigen richtigen Erfolg des Gipfels vom Juni. Wie sollte man nicht diese Begeisterung teilen, wenn man an die Grundsätze der EU denkt? Europa wird vorgeworfen, sich von seinen Bürgern entfernt zu haben, nicht richtig verstanden zu werden oder unbeliebt zu sein: Wie sollte man sich nicht darüber freuen, dass die Beratungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden? Dennoch sollte man eine gewisse Vorsicht walten lassen, was die wirklichen Vorteile für die öffentliche Meinung betrifft. Das zentrale Element der beschlossenen Maßnahmen lautet, dass alle Beratungen des Rates über Rechtsakte, die der Mitentscheidung (Parlament/Rat) unterliegen, sowie alle Stimmabgaben und Erklärungen der Minister zu den Stimmabgaben der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Diese Regelung kann auch auf Legislativbeschlüsse Anwendung finden, die noch nicht dem Mitentscheidungsverfahren unterliegen. Jeder Bürger hat demnach die Möglichkeit, persönlich den Diskussionen und der Annahme der „europäischen Gesetze“ beizuwohnen, die heute auf das Leben der Europäer weitgehend Einfluss nehmen. Darüber kann man sich nur freuen.

Einige Gefahren. Die auf diese Weise verwöhnten Bürger haben meines Wissens nach ihre Freude darüber noch nicht zum Ausdruck gebracht. Keine Aufmärsche oder andere Kundgebungen mit jubelnden Menschen, aber das wird vielleicht noch kommen. Umso mehr, als der Beschluss des Gipfels noch mehr zu bieten hat, denn auch die Beratungen der Minister über Fragen von allgemeinem Interesse sowie die Mehrjahresprogramme und die Debatten über die halbjährlichen Prioritäten des Rates werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Warum also diese Unschlüssigkeit, was die wirklichen Vorteile dieser innovativen Maßnahmen anbelangt? Ich sehe hier einige Gefahren:

- wenn die verschiedenen Minister ihre Erklärungen in der Öffentlichkeit abgeben, werden diese Erklärungen nicht so sehr von der Suche nach einer europäischen Lösung geleitet als von den jeweiligen nationalen Anliegen. Da jeder normal gestrickte Minister weiß, dass man ihm zuhören kann, wird er beweisen wollen, dass er die nationalen Interessen standhaft verteidigt und seiner politischen Anhängerschaft treu ist. Einem Minister wäre es wahrscheinlich nicht recht, wenn er gerade bei einem Kuhhandel gefilmt würde;
- Zugeständnisse, die notwendig sind, um zu einem Ergebnis zu gelangen, können wohl kaum in einer offenen Debatte gemacht werden, wo jeder der 25 Minister seine nationalen Interessen vorstellt. Die wirklichen Verhandlungen finden anderswo statt, bei vertraulichen und geheimen Zusammenkünften, an denen manchmal nur eine begrenzte Anzahl an Mitgliedstaaten teilnimmt. Was nach Meinung der Ausgegrenzten schon viel zu oft vorkommt, würde gang und gäbe werden, und die Zeremonie der offiziellen Stellungnahmen würde an Interesse und Bedeutung verlieren. Derjenige, der bereit ist, Zugeständnisse zu machen, möchte dies nicht unbedingt in der Öffentlichkeit tun, vor allem nicht, wenn er keine Gegenleistung zu erwarten hat und er sich darauf einstellen muss, am nächsten Tag in seinem Land und seinem Parlament angegriffen zu werden;
- wenn das bei öffentlichen Beratungen behandelte Thema von allgemeinem Interesse ein internationales Anliegen ist, würde die europäische Position veröffentlicht, noch bevor mit den Verhandlungen begonnen würde, was nicht unbedingt die schlaueste oder effizienteste Taktik ist;
- es ist fraglich, ob die Bürger diese neuen Möglichkeiten, den Beratungen beizuwohnen, zu einem allgemeinen Erfolg machen werden. Die Gefahr liegt eher darin, dass vor allem den Interessengruppen ein Geschenk gemacht wird, die stets auf der Suche nach Informationen sind, welche ihren Interessen von Nutzen sein können.

Die wirklichen Vorteile. Handelt es sich demnach um eine unnütze Initiative? Sicherlich nicht. Das

Interesse der neuen Formen der Transparenz liegt nicht so sehr in der Möglichkeit, direkt den öffentlichen Beratungen beizuwohnen (die weniger von den Bürgern an der Basis genutzt werden wird, sondern vor allem von der Lobby, den Vertretern von Nichtregierungsorganisationen und Studenten), als in den Zusatzbestimmungen, wie:

a) die Vorschrift, der zufolge die aufgezeichnete Version der öffentlichen Beratung mindestens einen Monat lang auf der Internetseite des Rates zur Verfügung stehen wird. Jeder wird den Teil abrufen und bei Bedarf auch speichern können, der ihn interessiert. Universitäten, Forschungsinstitute und Studenten der betreffenden Fachrichtungen könnten weitgehend davon profitieren, da sie auf diese Weise nicht ständig bei den Beratungen direkt zugegen sein müssen, was praktisch unmöglich ist;

b) die Bestimmung, die vorsieht, dass das Sekretariat des Rates den Bürgern die Liste der anstehenden öffentlichen Debatten im Voraus mitteilen und ihnen für jede Aussprache „*geeignetes Material mit Hintergrundinformationen*“ zur Verfügung stellen muss.

Sobald die notwendigen Maßnahmen ergriffen wurden, dürften sich die Bürger nicht mehr darüber beschweren, nicht informiert zu sein, selbst wenn sie letztendlich niemals alles wissen werden, auch wenn sie sich noch so sehr bemühen.

(F.R.)